## Kleine Anfrage

## der Abgeordneten Rollmann, Böhme (Hildesheim), Kubitza und Genossen

betr. Berufsausbildungsbeihilfen und Erziehungsbeihilfen

Wir fragen die Bundesregierung:

- Auf welchen rechtlichen Grundlagen und in welchem Umfange hat die öffentliche Hand im Jahre 1963 Berufsausbildungs- und Erziehungsbeihilfen geleistet?
- 2. Aus welchem Grunde ist die Bundesregierung dem Ersuchen des Deutschen Bundestages vom 8. April 1959 noch nicht nachgekommen, "möglichst bald den Entwurf eines umfassenden Gesetzes über die Gewährung von Berufsausbildungs- und Erziehungsbeihilfen für Kinder und Jugendliche vorzulegen"?
- 3. Wird die Bundesregierung dem Ersuchen des Bundestages noch in dieser Wahlperiode nachkommen?

Bonn, den 19. März 1964

Rollmann
Böhme (Hildesheim)
Frau Blohm
Dr. Even (Düsseldorf)
Haase (Kassel)
Frau Klee
Memmel
Frau Pitz-Savelsberg
Rommerskirchen
Dr. Schmidt (Wuppertal)
Frau Schroeder (Detmold)
Dr. Schwörer

Kubitza Dr. Hellige Frau Dr. Heuser